

V3

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 07.04.2024)

Titel: Gesundheit statt Profite!

Antragstext

1 Das Gesundheitssystem wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch
2 unterfinanziert, sodass nicht nur massenhafte Klinikinsolvenzen in Kauf genommen
3 wurden, sondern auch durch Privatinvestor*innen, Profite auf Kosten unserer
4 Gesundheit gemacht werden.

5 Ambulante oder digitale Behandlungsmethoden treiben das Kliniksterben voran und
6 werden oft als unvermeidliche Modernisierungsmaßnahmen dargestellt, für uns ist
7 jedoch klar: über die Behandlungsmethode entscheiden nicht die Kosten, sondern
8 der Nutzen für die Patient*innen! Ein gutes Gesundheitssystem heißt: Das Wohl
9 der Menschen als oberste Priorität!

10 Keine pauschalen Patient*innen

11 Wie die Neoliberalisierung der Kliniken die Qualität der Gesundheitsversorgung
12 immer weiter verschlechtert, zeigt sich besonders am Fallpauschalen-System.
13 Bestimmt werden diese Fallpauschalen, indem für Erkrankungen Kategorien erstellt
14 werden, die anschließend die Verweildauer der erkrankten Person im Krankenhaus
15 entscheidet. Aus diesem Grund tendieren Krankenhäuser dazu, Patient*innen
16 möglichst früh zu entlassen, um den größtmöglichen Gewinn zu erzielen.

17 Eine Alternative? Gibt es! Das Finanzierungsmodell der Selbstkostendeckung wurde
18 bis 1992 angewandt und im Zuge einer stetigen Neoliberalisierung und daraus
19 folgenden Privatisierungen abgeschafft. Bei diesem werden Pflegesätze für
20 Krankenhäuser nach Personal, Sachmitteln und Krankenhausbetrieb berechnet, nicht

21 etwa nach erbrachter Leistung.

22 Wir fordern: Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung statt Fallpauschalen! Das
23 bedeutet die Wiedereinführung einer aktualisierten Selbstkostendeckung, die
24 Outsourcing von Kosten und Unterwanderung von Tarifverträgen verhindert, sowie
25 eine gute Gesundheitsversorgung für alle ermöglicht.

26 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen – jetzt!**

27 Katastrophale Arbeitsbedingungen und massiver Personalmangel: nicht zuletzt die
28 Pandemie hat gezeigt, dass in NRW laut Ver.di 20.000 Fachkräfte in
29 Krankenhäusern fehlen. Überstunden, belastungsbedingte Krankheiten und die
30 Konfrontation mit menschenunwürdigen Verhältnissen lassen Pflegekräfte aus dem
31 Job ausscheiden und machen ihn unattraktiv für Ausbildungssuchende.

32 Doch gerade damit die Attraktivität des Berufs wieder steigt, braucht es eine
33 massive Entlastung der Pflegekräfte im Arbeitsalltag und damit mehr Pflegekräfte
34 je Patient*in.

35 Wir fordern: Solidarität statt gesellschaftlichem Druck auf die Pflege: Auch
36 Pflegende dürfen ohne schlechtes Gewissen streiken! Es braucht mehr Personal,
37 Entlastung und mehr Lohn jetzt!

38 Ein Reformversuch wurde 2022 mit dem Tarifvertrag-Entlastung durch die
39 Beschäftigten von sechs Unikliniken in NRW nach wochenlangen Tarifverhandlungen
40 erstritten. Dies war der längste Arbeitskampf in der Geschichte des
41 Gesundheitssystems in NRW. Er legt unter anderem das Verhältnis zwischen
42 Beschäftigten und Erkrankten auf verschiedenen Stationen fest und sieht freie
43 Tage als Belastungsausgleich vor. Die Bilanz des Tarifvertrages ist nach einem
44 Jahr jedoch ernüchternd. Der Vertrag konnte keine signifikanten Veränderungen
45 bewirken: Personalmangel bleibt weiterhin bestehen und die Bewerkstelligung des
46 Pflegeaufwands kann nicht, oder nur durch Ausbeutung von Leiharbeiter*innen,
47 eingehalten werden. Das Problem reicht tiefer, unsere Krankenhäuser wurden
48 kaputtgespart: Landesweit besteht ein Investitionsbedarf von 34,6 Milliarden
49 Euro!

50 Wir fordern: Schluss mit oberflächlichen und zögerlichen Veränderungen. Wir
51 müssen unser Gesundheitssystem von Grund auf reformieren. Dafür muss das Land
52 massiv investieren und dafür muss sich NRW auf Bundesebene einsetzen.

53 **Echte Hilfsangebote für alle**

54 Wenn es um das Wohl der Patient*innen geht, bleibt die Situation der Menschen
55 mit psychischen Erkrankungen jedoch unbeachtet. Das Gesetz über Hilfen und
56 Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten ermöglicht trotz der Reformen von
57 2017 weiterhin die drastische Einschränkung der Rechte von Menschen mit
58 psychischen Erkrankungen, besonders in "geschützten"Psychiatrien, wo
59 Zwangseinweisungen, -medikationen und Fixierungen traurige Realität sind und
60 nicht selten in rechtlicher Entmündigung enden. **Hier muss auch die besondere
61 Situation von Menschen mit chronischen Erkrankungen, neurodivergenten Menschen,
62 behinderten und anders von Diskriminierung betroffenen Menschen besonders
63 beachtet werden.**

64 Menschen mit psychischen Erkrankungen leiden jedoch nicht nur unter einer
65 Stigmatisierung innerhalb des Gesundheitssystems. Auch sind Bereiche wie
66 Psychiatrien und psychotherapeutische Angebote von einer andauernden Verknappung
67 betroffen. Besonders für queere/LGBTQIA+, migrantisierte und von
68 Marginalisierung betroffene Menschen stehen auch dort (intersektionale)
69 Diskriminierung, unwissende Behandelnde oder Angst vor ärztlichen Besuchen an
70 der Tagesordnung.

71 Wir fordern: Gesundheitssystem auf Augenhöhe statt Entmündigung! Weg mit der
72 Diskriminierung! Es braucht einen massiven Ausbau des psychotherapeutischen
73 Angebots - auf dem Land wie in der Stadt. Her mit echten Hilfsangeboten für alle
74 Menschen!

75 **Gleiches Recht für alle bei der Gesundheitsversorgung**

76 In ländlichen Regionen werden die fehlende Unterstützung des Staates und das
77 Kliniksterben besonders deutlich. Dies erfordert dringend entschlossene
78 Maßnahmen. Die Aufmerksamkeit muss auf die Lage der Bewohner*innen ländlicher
79 Gemeinden gelenkt werden, die zunehmend mit längeren Anfahrtswegen, u.a. durch
80 fehlende Bus- und Bahnverbindungen, eingeschränktem Zugang zu Dienstleistungen
81 und einer schlechten Versorgung konfrontiert sind. Gerade auf dem Land
82 verschärft der dortige demografische Wandel in Kombination mit der finanziellen
83 Benachteiligung den Mangel an Gesundheitsdiensten.

84 Neben der Ungleichheit zwischen Stadt und Land können sich nicht mehr alle
85 Menschen die Versorgung leisten und immer mehr ärztliches Fachpersonal zieht
86 Privatversicherte vor. Es braucht einheitliche Regelung und keine Zwei-Klassen-
87 Gesellschaft in der medizinischen Versorgung!

88 Wir fordern: Ob auf dem Land oder mit schmalem Geldbeutel- gute
89 Gesundheitsversorgung für alle überall!